

Landtag Schleswig-Holstein
Bildungsausschuss
Martin Habersaat
Vorsitzender

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3476

Allgemeiner Studierendenausschuss
Universität zu Lübeck
Ratzeburger Allee 160
23562 Lübeck

Stellungnahme zu den Anträgen

„Ein Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/2132)
und „Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte“ (Drucksache 20/2169)

Sehr geehrter Herr Habersaat,

sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses des Landtags Schleswig-Holstein,

gerne beziehen wir als Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität zu Lübeck auf Ihre Anfrage vom 18. Juni 2024 hin in diesem Schreiben Stellung zum **Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte in Schleswig-Holstein**. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, Stellung zu beziehen und stehen gern für Rückfragen zur Verfügung.

Studentische Beschäftigte sind sowohl für den Lehr- als auch den Forschungsbetrieb an Universitäten unersetzlich. Der konzentrisch um die Medizin erwachsene Campus Lübeck beschäftigt zudem zahlreiche Studierende der Medizin und Psychologie, die schon während des Studiums als Teil der medizinischen Versorgungslandschaft einen wichtigen Beitrag leisten.

Den Forderungen nach einer tarifvertraglichen Absicherung von Mindestvertragslaufzeiten, einer adäquaten Repräsentation in Personalvertretungen der Hochschulen, einer leistungsgerechten Bezahlung, sowie nach fairen Urlaubs- und Krankheitsfall-Regelungen unterstützen wir ausdrücklich.

Dass sich die Tarifgemeinschaft der Länder bisher vehement gegen eine Einführung eines studentischen Tarifvertrags stellt, kann nur als Geringschätzung studentischer Arbeit verstanden werden. In Anbetracht der Tatsache, dass Studierende die größte nicht nach Tarif beschäftigte Gruppe im öffentlichen Dienst sind, verfehlen die Länder so ihre Vorbildfunktion als Arbeitgeberinnen.

Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität zu Lübeck
Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts
www.asta.uni-luebeck.de

Postadresse
Ratzeburger Allee 160
Haus 24
23568 Lübeck

Lieferadresse
23568 Lübeck
Tel.: +49 451 3101 1971
tvstud@asta.uni-luebeck.de

Wir möchten dem Landtag Schleswig-Holstein mit diesem Schreiben Einblick in die Perspektive Betroffener ermöglichen und einen Appel aussprechen, als Vorreiter den Schritt hin zu faireren Arbeitsbedingungen für studentisch Beschäftigte zu wagen. Zu diesem Zweck haben wir fünf unserer Ansicht nach zentrale Fragen formuliert, die wir im Folgenden zu beantworten versuchen.

Welche Auswirkungen hat ein fehlender TVStud auf den universitären Betrieb?

Im Rahmen der Stellungnahme haben wir alle Institute unserer Universität angefragt, wie sich für sie die Arbeit mit studentischen Hilfskräften entwickelt hat. Aus den Antworten der Institute geht hervor, dass die unzureichende Bezahlung und die schlechten Arbeitsbedingungen schon jetzt deutlich die Lehr- und Forsch-Tätigkeit behindern. Hiervon sind insbesondere die Informatik- und Naturwissenschaften betroffen, da in diesen Fachbereichen ein starker Konkurrenzkampf um Nachwuchskräfte mit der Wirtschaft besteht. So antwortete etwa Herr Andreas Schrader vom Institut für Telematik:

„Das Gehalt ist für Informatiker:innen nicht ausreichend, bzw. es werden auf dem freien Markt höhere Gehälter [gezahlt]. (Zitat: "Für Geld würde ich nicht kommen, aber ich wollte etwas Sinnvolles der Uni beitragen.")“

Bei einem Gehaltsunterschied von 50% und mehr zur freien Wirtschaft, kann man sich schon fragen, ab wann man einen Hiwi-Job an der Universität eigentlich als Ehrenamt bezeichnen darf. Mittlerweile gehen die Studierenden massive Kompromisse ein, wenn sie einer Beschäftigung an der Universität nachgehen. Dies macht sich auch im Einstellungsprozess bemerkbar. Mehrere Institute berichteten uns davon, dass sie Probleme haben, offene Stellen zu besetzen. So antwortete Thomas Franke vom Institut für Multimediale und Interaktive Systeme:

„Es ist immer wieder herausfordernd, Hiwi-Stellen zu besetzen. [...] teilweise hat dies mit der Gesamtkonkurrenzsituation um interessierte Studierende zu tun, teilweise auch mit höher dotierten Angeboten in der Wirtschaft“

Teils bleiben Stellen so für mehrere Monate unbesetzt, was massive Auswirkungen auf die Lehrtätigkeit hat. Als ASTA hören wir regelmäßig von Modulen, in denen Hilfswissenschaftliche Angestellte den Lehrbetrieb von Modulen unterstützen, die sie selbst noch belegen müssen. Es leiten also Studierende Übungen, kontrollieren Abgaben und beantworten Fragen zur Vorlesung, die den Stoff selbst gerade erst lernen. Es ist fraglich, wie so eine qualitativ hochwertige Lehre möglich sein soll.

Aus dem Institut für Biologie antwortete eine Angestellte auf unsere Umfrage hierzu:

„Man muss bedenken, dass ein Ausbleiben an Hilfskräften in Lehrveranstaltungen einen hohen Einfluss auf die Qualität der Lehre haben wird.“

Welche Anforderungen stellen sich an die Finanzierung eines TVStud?

Schon jetzt leiden die Institute unter einem erheblichen finanziellen Druck. Einzelnen Hilfswissenschaftlichen Mitarbeitenden wurde in diesem Semester mitgeteilt, dass ihre Weiterbeschäftigung unsicher ist, da die Finanzposten der Institute zusammengekürzt wurden. Ein Tarifvertrag für studentische Beschäftigte wird erhebliche Folgen für die finanzielle Situation der Universitäten haben. Hiermit dürfen die Hochschulen nicht allein gelassen werden. Der Finanzbedarf durch den Tarifvertrag muss vom Land übernommen werden.

Welche Auswirkungen hat ein fehlender TVStud auf die studentische Lebensrealität?

Studieren wird oft als Lebensabschnitt großer Freiheit und Flexibilität dargestellt. Doch neben diesen vermeintlichen Vorzügen birgt die Zeit des Studiums auch zahlreiche Stressoren wie finanzielle Sorgen. Diese stehen in Zusammenhang mit der Entwicklung psychischer Erkrankungen und kommen im Studium gehäuft vor.¹ Im Jahr 2021 waren 37,9 % der Studierenden in Deutschland armutsgefährdet. Diese Quote übersteigt die der Gesamtbevölkerung (15,8%) um mehr als das Doppelte². Obwohl es im Interesse der Universitäten sein sollte, als attraktive Arbeitgeberinnen wahrgenommen zu werden, bieten die momentanen Lohnbedingungen studentischer Beschäftigung keinen Anlass, die akademische Arbeit einer Stelle in der freien Wirtschaft vorzuziehen. Zahlreiche Studierende, die dennoch als wissenschaftliche Hilfskraft arbeiten möchten, finanzieren sich ihren Lebensunterhalt über einen zusätzlichen Zweitjob.³

Diese finanziell herausfordernden Bedingungen treffen studentisch Beschäftigte unterschiedlich schwer. Dies verstärkt vorherrschende Bildungsungerechtigkeiten, die aufgrund des sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilien bereits bestehen. Die Forderung nach existenzsichernden Löhnen und angemessenen Lohnerhöhungen wie sie ein studentischer Tarifvertrag ermöglichen würde, ist entsprechend auch als wichtiger Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit zu verstehen.

Die kurzen Vertragslaufzeiten sorgen für einen hohen psychischen Druck auf die studentischen Beschäftigten. Eine Weiterbeschäftigung ist immer unklar, was eine langfristige finanzielle Planung unmöglich macht. Zusätzlich erschwert die Befristung die Karriereplanung, wenn Studierende gezielt Beschäftigungen in Arbeitsgruppen aufnehmen, um etwa auf eine Abschlussarbeit oder Promotion

¹ Hofmann, F.-H., Sperth, M., Holm-Hadulla, R.M., 2017. Psychische Belastungen und Probleme Studierender: Entwicklungen, Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten. Psychotherapeut 62, 395–402. <https://doi.org/10.1007/s00278-017-0224-6>

² Pressemitteilung Nr. N066 vom 16. November 2022
https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html

³ Hopp et al. 2013, S. 66

hinzuarbeiten.

Auch wird es den Studierenden so erschwert, ihre Arbeitnehmer:innenrechte in Bezug auf Krankheit und Urlaub wahrzunehmen, da stets mit einem Beschäftigungsende gedroht werden kann. Hinzu kommt, dass Studierende über die vorlesungsfreie Zeit regelmäßig arbeitslos werden, was den finanziellen Druck weiter erhöht.

Dass Fehlzeiten wissenschaftlicher Hilfskräfte aufgrund von Krankheit nicht als solche verrechnet, sondern zu späterem Zeitpunkt nachgearbeitet werden, zeigt erneut, wie groß die Diskrepanz zwischen gängigem Arbeitsrecht (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) und der Arbeitsrealität studentischer Beschäftigter ist. Auch hierfür gilt es in einem studentischen Tarifvertrag Lösungen festzuschreiben, damit die Rechtsansprüche von Studierenden gewahrt bleiben.

Der Zeitraum des Studiums stellt für einen Großteil der Studierenden den Übergang von Jugend zum Erwachsensein dar. Dem Ideal demokratisch teilhabender und berufspolitisch engagierter Arbeiter:innen folgend, wird ersichtlich, warum auch eine adäquate Repräsentation studentisch Beschäftigter in den Personalvertretungen der Hochschulen unabdingbar ist.

Wie kann ein TVStud in Schleswig-Holstein realisiert werden?

Von Gegner:innen eines TVStud in Schleswig-Holstein wird des Öfteren das Argument vorgebracht, dass Schleswig-Holstein sein Stimmrecht in der Tarifgemeinschaft der Länder verlieren könnte, wenn es eigenmächtig einen Tarifvertrag mit studentischen Beschäftigten abschließt. Wir verstehen, dass die Landesregierung dieses Risiko nicht eingehen möchte. Das Argument ist jedoch insofern nicht überzeugend, als dass Schleswig-Holstein um eine Genehmigung nach § 7 Abs. 3 der Satzung der TdL für die Aufnahme von Tarifverhandlungen bitten könnte.

Wir fordern, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und Verhandlungen aufzunehmen.

Auch das Argument, dass ein Tarifvertrag einen zu hohen bürokratischen Aufwand bedeuten würde, erschließt sich uns nicht. Derzeit schafft jedes Institut eine Inselfösung, was zu teils haarsträubenden Resultaten führt. So werden Studierende ohne Arbeitsvertrag beschäftigt, erhalten ihr Gehalt mit mehreren Monaten Verzug oder bekommen keine Lohnabrechnung.

Ein Tarifvertrag könnte hier für einheitliche Verhältnisse sorgen.

Welche Chance besteht in der Etablierung eines TVStuds durch den Landtag Schleswig-Holstein für das Land Schleswig-Holstein?

Studierende stellen die größte Gruppe nicht tarifrechtlich Beschäftigter dar. Die Einführung eines Tarifvertrags für Studierende bietet dem Land Schleswig-Holstein die Chance, diesen Missstand zu beenden und eine daraus resultierende Stärkung der Tarifbindung zu erzielen.

Dem Land Schleswig-Holstein bietet sich hier die Gelegenheit, seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber nachzukommen und für faire, tariflich geschützte Arbeitsbedingungen einzutreten. Das Land Schleswig-Holstein kann sich hierbei gleich auf zweierlei Ebenen vorbildhaft positionieren. Einerseits gegenüber Arbeitgeber:innen im Land selbst und andererseits im bundesweiten Diskurs zur Einführung eines TVStud.

Zusammenfassend schließen wir uns dem Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung eines Tarifvertrags für studentische Beschäftigte in Schleswig-Holstein an. Wir fordern, die Missstände an den Universitäten endlich zu beheben und die Benachteiligung Studentischer Beschäftigter besser spät als nie zu beenden.